

Pressemitteilung

Mainz/Berlin, den 09.08.2017

Nr. 27/2017

Kommunale Erwartungen an die Bundespolitik

- **Finanzierung der Integrationskosten dauerhaft sichern**
- **Keine neuen Rechtsansprüche ohne auskömmliche Finanzierung schaffen**

Städte und Gemeinden haben ihre Erwartungen an die Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode skizziert und vor nicht finanzierbaren Wahlversprechen gewarnt. Notwendig sei vielmehr eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, damit diese ihren Aufgaben auch gerecht werden können. Besonders im Bereich der Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen mit Bleiberecht sei die Finanzierung über das Jahr 2018 hinaus noch nicht gesichert, betonten Bürgermeister Ralph Spiegler, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, zugleich Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, heute in Mainz. Gleichzeitig forderten sie Bundes- und Landespolitik auf, die Rückführung von Personen ohne Bleiberecht besser zu organisieren und zu beschleunigen. Eine klare Absage erteilten Spiegler und Landsberg den Forderungen nach einem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter.

Aus Sicht der Städte und Gemeinden ist es notwendig, Reformen einzuleiten, um den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch in Zukunft zu erhalten. Für die kommende Legislaturperiode hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund daher einen **Katalog von Erwartungen an die Bundespolitik** verabschiedet, den Bürgermeister

Ralph Spiegler und Hauptgeschäftsführer **Dr. Gerd Landsberg** in Mainz vorstellten. Dieser Forderungskatalog konzentriert sich auf die aus kommunaler Sicht zentralen Punkte wie etwa Flüchtlingspolitik, Innere Sicherheit, Sozialstaat, Finanzausstattung der Kommunen oder den ländlichen Raum. **Spiegler** und **Landsberg** machten deutlich, dass auch die Stärkung der Investitionskraft der Kommunen, die Digitalisierung sowie die Verkehrs- und Energiepolitik für Städte und Gemeinden von zentraler Bedeutung sind.

Besonders die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen mit Bleiberecht bleibe für die Kommunen eine Herkulesaufgabe. *„Die Integration der Menschen findet in den Städten und Gemeinden statt. Die Finanzierung dieser Aufgabe ist aber von Bund und Ländern dauerhaft sicherzustellen. Wir erwarten, dass die Kommunen hier weiterhin unterstützt und die Kosten übernommen werden“*, so **Spiegler** und **Landsberg**. Hier sei der Bund gefordert, die Mittel für die Integration auch über das Jahr 2018 hinaus zur Verfügung zu stellen und die Länder müssten eine direkte Verteilung auf alle kommunalen Ebenen (Kreise, Städte und Gemeinden) vornehmen. Integrationsarbeit sei vielfältig und nur ein flexibler Mitteleinsatz ermögliche passgenaue Lösungen.

Um die Akzeptanz für die Flüchtlinge bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu gefährden sei es gleichzeitig notwendig, für eine Rückkehr der abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimatländer zu sorgen. *„Die Städte und Gemeinden brauchen Entlastung, um sich wirksam um die Menschen mit Bleiberecht kümmern zu können. Gerade sogenannte „Gefährder“ oder straffällig gewordene abgelehnte Asylbewerber müssen schnell und konsequent zurückgeführt werden. Sie gehören nicht in eine Kommune oder eine Flüchtlingsunterkunft, sondern müssen in zentralen Einrichtungen des Bundes und der Länder untergebracht werden. Wir brauchen ein koordiniertes und wirksames Rückführmanagement in der Verantwortung von Bund und Ländern“*, so **Landsberg**.

Spiegler und **Landsberg** warnen die Bundespolitik zudem davor, mit Diskussionen über neue Rechtsansprüche, wie etwa auf Ganztagesbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter, Erwartungen zu wecken, die derzeit nicht erfüllbar seien. Ein Rechtsanspruch schaffe weder neue Pädagogen noch neue Räumlichkeiten für eine Betreuung. *„Ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder im Grundschulalter ist wichtig und gehört mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch auf die politische Agenda. Es ist aber illusorisch zu glauben, über einen Rechtsanspruch komme man diesem Ziel näher“*, so **Spiegler** und **Landsberg**. Der sukzessive Ausbau der Kinderbetreuung sei eine Aufgabe, die von Bund und Ländern unter Einbeziehung der Kommunen angegangen werden müsse, ohne in politischen Aktionismus zu verfallen. *„Wir haben in den Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren immense Anstrengungen unternommen, um den Rechtsanspruch auf Kleinkinderbetreuung umzusetzen. Dennoch fehlen vereinzelt immer noch Plätze und vor allem qualifizierte pädagogische Fachkräfte für die Kitas. Nach aktuellen Zahlen der Bertelsmann Stiftung sind umgerechnet ca. 1.000 zusätzliche Vollzeitstellen erforder-*

lich“, so **Spiegler**. *„In der Politik ist es gut, sich ambitionierte Ziele zu setzen. Es hilft aber nicht weiter, Dinge in Aussicht zu stellen, die auf absehbare Zeit nicht umsetzbar sind. Wir müssen unterscheiden, was wünschenswert wäre und was machbar ist“* ergänzt **Landsberg**.

Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode gelte es, Reformen anzugehen und – auch finanziellen – Raum für Innovationen zu schaffen. Dies gelte vor allem mit Blick auf die immer schneller voranschreitende Digitalisierung aller Bereiche des täglichen Lebens. Die Vertreter der Kommunen plädieren für mehr Mut, Innovationsbereitschaft und Taten-drang. *„Die digitale Transformation kann eine immense Chance, gerade für die Kommunen in den ländlichen Regionen, bedeuten. Wir dürfen die Gestaltung daher keineswegs allein global agierenden Unternehmen überlassen. Es gilt, einen Digitalkapitalismus zu verhindern und die Kommunen als bürgernächste Ebene zu stärken. Um die mit der Digitalisierung verbundenen Potenziale zu nutzen, brauchen wir ein Digital-gesetzbuch mit politischen Leitlinien und eine leistungsstarke flächen-deckende Breitbandversorgung auf Glasfaserbasis. Hier sind neben dem Bund auch die Unternehmen gefordert, ihre Ausbauanstrengungen weiter zu intensivieren“*, so **Spiegler** und **Landsberg**.

Ansprechpartner Presse:
Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
Dr. Stefan Schaefer
Tel.: 06131-2398-124
Mail: dschaefer@gstbrp.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Alexander Handschuh
Tel.: 030-77307-253
Mail: alexander.handschuh@dstgb.de



ERWARTUNGEN DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES AN DIE BUNDESPOLITIK IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE

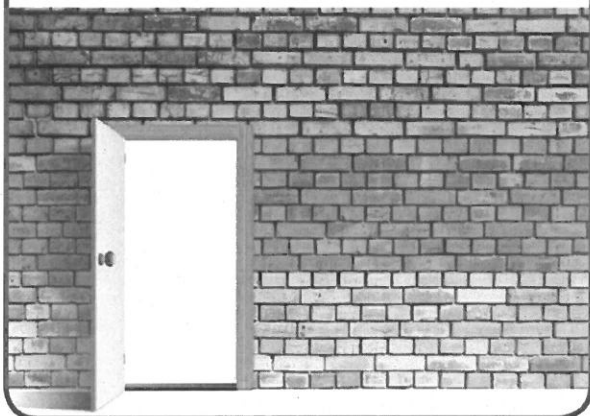
Trotz der vielen Krisen in Europa und in der Welt ist Deutschland bisher überaus erfolgreich. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist gering, der Flüchtlingsstrom wurde reduziert, die Sicherheitsanstrengungen von Bund und Ländern werden erhöht.

Diese Erfolge sind kein selbstverständlicher Dauerzustand. Im Hinblick auf den zunehmenden amerikanischen Protektionismus, die wachsenden nationalistischen Strömungen in Europa, den Brexit, die anhaltenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und damit verbundene Flüchtlingsbewegungen nach Europa, die Herausforderungen von Digitalisierung, Globalisierung und dem demografischen Wandel muss Deutschland weiter modernisiert, digitalisiert und zukunftsfest sozial gestaltet werden.

1

FLÜCHTLINGSPOLITIK

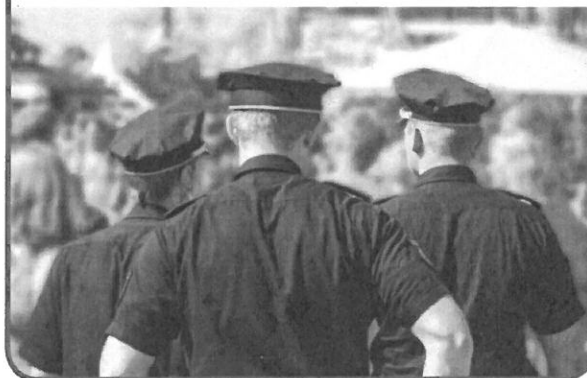
- Politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz gewähren
- Europäisches Asylrecht schaffen, faire Lastenverteilung ermöglichen
- EU-Außengrenzen sichern, Innengrenzen bewachen
- Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben
- Herkunftsländer von Wirtschaftsflüchtlingen in die Pflicht nehmen
- Integration nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ auch mit neuen Modellen weiterentwickeln
- Wirtschaft mehr in die Verantwortung nehmen
- Integrationskosten dauerhaft finanzieren
- **Überforderungen von Staat und Kommunen ausschließen**



2

INNERE SICHERHEIT

- Polizeipräsenz auch in der Fläche ausbauen
- Schutz vor Alltagskriminalität verbessern, Sicherheitsgefühl erhöhen
- Kommunale Kompetenzen bei der Videoüberwachung ausweiten
- Justiz personell und fachlich ertüchtigen
- Effektiven Schutz von Kommunalpolitikern vor Hasskriminalität etablieren



3

SOZIALSTAAT REFORMIEREN

- Sozialgesetze vereinfachen, Bürokratie abbauen
- Mehr Eigenverantwortung vom Vaterstaat zum Bürgerstaat vorsehen
- Neue Arbeits- und Lebensarbeitszeitmodelle erproben
- Flächendeckende Kinderbetreuung sicherstellen und dauerhaft mitfinanzieren



4

FINANZKRAFT DER KOMMUNEN

- Finanzautonomie der Kommunen stärken (Gewerbesteuer sichern und ausbauen, Gewerbesteuerumlage absenken, Umsatzsteuerbeteiligung der Kommunen erhöhen)
- Dauerhafter kommunaler Investitionsfonds
- Altschuldenproblematik lösen
- Grundsteuerreform umsetzen



5

LÄNDLICHER RAUM

- Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes nachhaltig sichern
- Gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten, flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen
- GAK fortentwickeln; Bürokratie bei Förderprogrammen abbauen
- Kooperationen fördern
- Innovationsräume schaffen



6

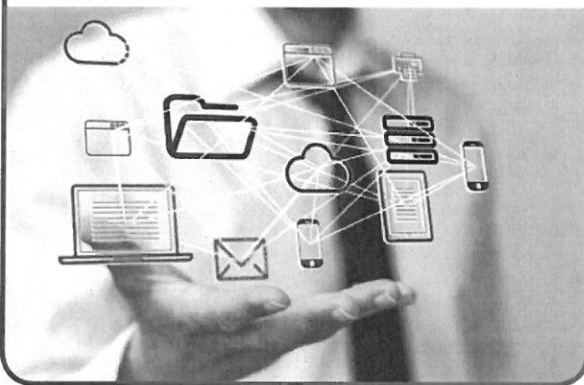
NACHHALTIGE INVESTITIONSOFFENSIVE

- Investitionen in Infrastruktur und Bildung dauerhaft vorantreiben
- Flächendeckendes leistungsfähiges Breitbandnetz auf Glasfaserbasis etablieren



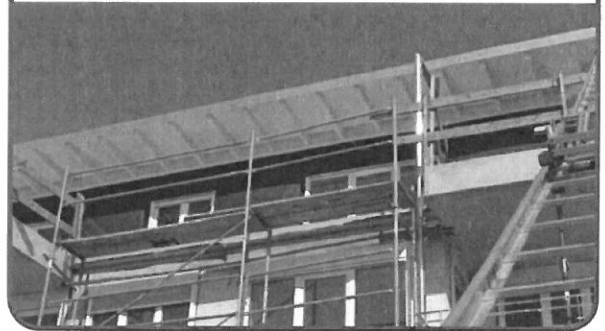
7 DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

- Rechtsrahmen für Digitalisierung schaffen
- Digitalisierung in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung vorantreiben
- Bürokratieabbau beschleunigen
- Modellprojekte von Telemedizin bis Quartiersmanagement ermöglichen
- Digitale Bildung ausbauen
- Online-Zugänge verbessern



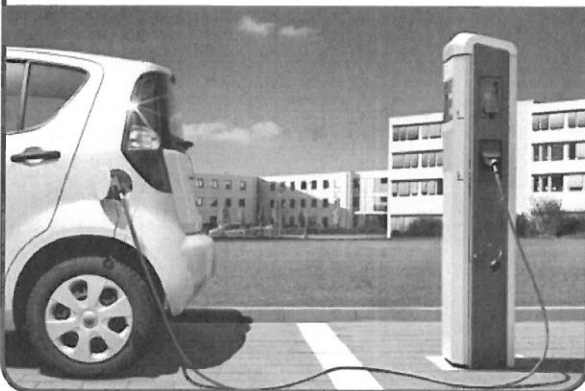
8 WOHNUNGSBAU & STADTENTWICKLUNG

- Schneller, preiswerter, schöner bauen
- Standards reduzieren
- Baulandmobilisierung fördern
- Innenstädte & Ortskerne stärken
- Bestand stärken und aktivieren



9 VERKEHRS- & ENERGIEWENDE

- Elektromobilität vorantreiben
- Umweltbelastungen (z. B. Feinstaubbelastung) in den Städten reduzieren
- ÖPNV ausbauen
- Mobilitätsträger besser vernetzen
- Energie wettbewerblich gestalten, Akteursvielfalt stärken
- Kosten begrenzen, gleichmäßig verteilen
- Dezentrale Versorgung und Wertschöpfung ausbauen
- Konzessionsabgaben stärken



10 STARKES EUROPA

- Integrationsprozess neu aufstellen
- Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren ausbauen
- Entscheidungsbefugnisse des EU-Parlaments erweitern
- Bürgerinnen und Bürger mitnehmen
- Europäische Bürokratie reduzieren
- Subsidiaritätsprinzip beachten



Stand Juni 2017



DStGB
Deutscher Städte- und Gemeindebund